

nur um damit die Vorherrschaft Frankreichs in Europa zu sichern, droht nicht unweit von der Stätte, wo man die Massen von „Abrüstung“ und „Frieden“ zum besten gibt, der einer der Geschütze des französischen Imperialismus. Das ist die Kolonialpolitik der französischen Armee an der Spitze von Mussolinis Reich. Italien – Während man in Genf Abrüstung schwätzt, wütet der englische sowohl wie der zersplitterte Imperialismus in den Kolonien, um die aufbegehrenden Kolonialvölker gegen ihre fremden Bedrucker mit Kanonen und Blei niederzuerschlagen. – In der Zwischenzeit, in den einzelnen Ländern die Ausgaben für militärische Zwecke erhöht werden. So hat das französische Kapital in China, das sich nicht weniger als 16 Milliarden Franken jährlich über 2 Millionen Menschen ausbreitet, sich nicht unbedinglich und friedlich die Anfrühtungen zu Wasser und zu Lande, trotz allem Geschrei von Abrüstung der Friedenspropaganda, zu machen schließlich die Gegensätze in der kapitalistischen Welt, die sich in der Zwischenzeit, während man einander selbst schreien, Die Musik der Friedenssingerei Abrüstungsstrategien dient nur dazu, dem internationalen etariat das Blickfeld zu trüben.

Die Frau und der proletarische Klassenkampf

Es ist gewiß nicht immer leicht, alle in der Praxis des Kampfes auftauchenden Fragen marxistisch, also mit der Waffe des dialektischen Materialismus zu erheben. Aber notwendig und richtig ist es unbedingt und führt somit auch zum richtigen Ergebnis.

Die Frau ist nicht „ihrer Natur nach reaktionär“, wenigstens nicht mehr und nicht weniger als der Mann im allgemeinen ist. Gewiß, sie nimmt eine besondere gesellschaftliche Stellung ein, ihr gesellschaftliches Sein stellt sie nicht so unmittelbar in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Sie ist Frau und Mutter, ist Hausfrau. Der proletarische Kleinbetrieb, genannt Haushalt, mit den Kindern, die familiäre Absonderung mit den verwandtschaftlichen Beziehungen und dem vielen Drumm und Drän ist die Quelle individuellen bürgerlichen Denkens. Die Gebundenheit der Frau als Hausfrau, ihr Interessenkreis, der sich auf die Familie beschränkt, bedingt ein solches Denken.

Wenn man nun einwendet, daß jahrhundertelange Tradition und Erziehung hier die Ursachen sind, so ist das schon richtig, daß die große Macht der Tradition schwer auf den Gehirnen der heutigen Menschen lastet und ihr Handeln beeinflußt. Das beweist aber auch nur, daß durch die Tradition die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vergangener Epochen auf uns alle, und nicht nur auf die Frau, einwirkend sind, wenn auch in unterschiedlichen Maße. Wir alle leben in einer bürgerlichen Welt und sind der bürgerlichen Beeinflussung unterworfen. Nur, weil der Mann durch die direkte Ausbeutung im Produktionsprozeß zum direkten Kampf, zur Organisation und zur Solidarität veranlaßt wird, ist es ihm leichter gemacht, bürgerliches Denken und Handeln zu überwinden. Wie „reaktionär“ er dabei dennoch sein kann, ersieht man oft genug an der Praxis des Familienlebens, wo er ganz in der Ordnung findet nach bürgerlichen Methoden zu regieren, zu kommandieren und zu erziehen.

Ist nun die Frau nicht direkt im Betrieb ausgebeutet, so wird sie es dennoch in ihrer Rolle als Frau, Mutter und Nebenverdienerin in doppelter und dreifacher Weise. Sie ist proletarisch und proletarisch ist eng verknüpft mit dem des Mannes. Ihre Befreiung im bürgerlichen Sinne befreit sie nicht vom proletarischen Klassenlos. Die Existenzsicherheit im Kapitalismus, Arbeitslosigkeit und Krankheit, alles das trifft sie so gut wie den Mann. Es kommt auf das Bewußtwerden dieser Tatsache an. Die vielen Frauen und Mädchen, die seit Jahren schon mit im Erwerbsleben stehen, ob in der Fabrik, im Laden oder Kontor, können und müssen das leichter erkennen, trotz aller Tradition. Sie arbeiten mit den männlichen Klassengenossen zusammen. Für die revolutionäre Propaganda ist also der Weg zu ihnen nicht verschlossen.

Zur Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

Die Weltwirtschaftskrise, die als Ursache hat den immer mehr schwindenden Absatzmarkt für das internationale Kapital, erfordert einen sich rapide steigernden Kampf der einzelnen kapitalistischen Staaten um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Das deutsche Kapital macht den Versuch, nicht hintenzugucken. Es kann diese seine Aufgabe nur realisieren, wenn das Proletariat noch mehr an der Kandarde genommen wird als bisher. In die eisernen Ruhe, die heute die noch in den Betrieben verbliebenen Arbeiter befällt — was ihren gelähmten Kampfwillen betrifft, platzt die Parole des Kapitals hinein: Soll die Wirtschaft wieder „angekurbelt“ werden, so lautet die Alternative für die Arbeiterklasse: Lohnabbau. Das ist heute das Feldgeschrei des Kapitals.

Seine Vorpostengefächte nach dieser Richtung führte es bereits gegenwärtig in den Manöfeldern der nordwestdeutschen Metallbetriebe durch. Eine Berufsgruppe nach der anderen kommt an die Reihe. Mit seltener Zielklarheit wird die Zermürbung der Arbeiter durchgeführt.

Jetzt kommt die Berliner Metallarbeiter an die Reihe. Die Berliner Metallkönige haben den Lohn für die Metallarbeiter gekündigt und werfen mit seltemen Zynismus den Arbeitern den Knochen eines 15prozentigen Lohnabbaus hin. Die Gewerkschaften reagieren nach altbewährter Methode darauf. Großes Geschrei über die „unverantwortlichen Kapitalisten, die mit den Arbeitern und der Wirtschaft spielen“, rascht es aus der Gewerkschaftsjournale und Stämpfers „Vorwärts“. Aber dieses Geschrei soll nur wie altbekannt ihre wirklichen Absichten verbergen, die sie sind, daß sie die Note der Wirtschaft selbst vom kapitalistischen Standpunkt verstehen. Und so sind auch jetzt wieder die Gewerkschaften für einen Lohnabbau im Prinzip. Nachdem die Metallindustriellen den Gewerkschaften den Brocken mit den 15 Prozent Lohnabbau hinwarfen und darüber die Gewerkschaften in Verlegenheit gerieten, war das doch eine zu starke „Belastung“ für sie, hatten sie dann flugs ein Rezept bei der Hand, und zwar die

40 Stundenwoche mit „gerechtem“ Lohnausgleich

Dieser „gerechte“ Lohnausgleich ist nach der Logik der Gewerkschaften aber so zu verstehen: die Arbeitswoche wird um ein Sechstel gekürzt (das wären 8 Stunden) und dafür die Stundenlöhne um 7 Pfennig erhöht. Das bedeutet also bei Lichte gesehen, daß von dem geforderten 15prozentigen Lohnabbau 7 Prozent abgezogen werden, dann sind selbst die Gewerkschaften immer noch für

einmal Lohnabbau von 8 Prozent

Hieran ersieht jeder Arbeiter, mit welchem Raffinement diese Gesellen bei der Arbeit sind, die die Proletariat über das Ohr zu hauen.

Sie stellten in den letzten Wochen überhaupt diese Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie wurde verknüpft mit dem Erwerbslosenproblem, und den Arbeitern die Illusion eingebläut, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit das Erwerbslosenproblem im Kapitalismus lösen könne. Dieser „Kampf um die 40-Stundenwoche“ ist genau solch Betrug wie

Und die Hausfrauen? Auch sie werden von der Klassenbewußtseinsentwicklung berührt und die Spuren dieser Entwicklung sind doch zu erkennen. Daß die Arbeiterpresse schwach ist, hat wenig zu sagen. Die harten Tatsachen der Wirklichkeit sprechen eine Sprache, die auch die Frauen verstehen lernen. Die Erkenntnis bricht sich Bahn auf allen Wegen. In tausend verschiedenen Kanälen dringt sie durch alle Wände hinein in den Kreis „idyllischer Familienharmonie“. Und warum auch nicht im „trauten Familien- und Freundeskreise“ wird soviel Gesehieses und auch Dummes geredet. Es werden solche Mengen von Bier und anderen „geistigen“ Getränken genossen. Heute kommt man nicht mehr drumrum, auch den Geist des Kommunismus ins Haus zu lassen, man „muß“ auch reden über den untergehenden Kapitalismus. Und jede Frau, die dabei ist, „muß“ mitreden, oder doch mitdenken, denn die Produktions- und Klassenverhältnisse, das gesellschaftliche Sein, erfordert es, daß alle an diese Fragen denken müssen, so gut wie wir an Essen und Trinken denken müssen.

Organisatorisch kann man die Frauenfrage mit einer Resolution behandeln. In der Praxis aber kommt alles auf die Massen an. Es kommt auf die Massen an, das heißt, auf jeden einzelnen kommt es an. Hineinragen das proletarische Denken ins tägliche Leben. Da gibt es noch so viele Schwierigkeiten zu überwinden: Kirche, Religion, Taufe, Konfirmation, Erziehung der Kinder ohne Elternautorität. In all diesen Fragen kann man Konflikte mit den Frauen haben. Und das muß doch Spaß machen. Sie können sich der richtigen Erkenntnis doch nicht verschließen. Denn ihre proletarische Klassenlage befähigt sie ja zu dieser Erkenntnis. Und man kennt doch genug Familien und deren Frauen. Auch das ist eine Aufgabe, hier alle Möglichkeiten zu nutzen. Für die eine hat man ein Buch, eine Zeitung, für die andere einen bestimmten Artikel. Es gibt Versammlungen und Veranstaltungen politischen, kulturellen oder künstlerischen Charakters, für die man die Frauen interessieren kann. Frauen, die so am allgemeinen Leben voll Interesse beteiligt sind, die werden auch im politischen Leben nicht die schlechtesten sein.

Gewiß soll man sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Frau in organisatorischer Aktivität infolge ihrer häuslichen Gebundenheit sehr behindert ist. Das wird auch wohl in der Gegenwart so bleiben. Aber, ohne uns übertriebenen Erwartungen hinzugeben, können wir davon überzeugt sein, daß die proletarische Frau auch am proletarischen Kampf interessiert ist und teilnimmt am täglichen Erleben dieses Kampfes. Wenn wir schon nicht verantwortlich sind für die Zustände im Ehe- und Familienleben unserer Zeit, die den heutigen Frauentyp mitgestaltet haben, so können wir doch durch Erkenntnis und Willen vieles ändern. Und darauf kommt es letzten Endes an.

der Lohn des Proletariats gedrosselt werden soll. Es gilt für das gesamte Proletariat zu begreifen, daß die Bewegung der Metallarbeiter eine Angelegenheit des Proletariats als Klasse ist. Denn im Zeitalter des monopolisierten Kapitalismus, der dauernden Krisen unterworfen ist, wo der ökonomische Druck auf das Proletariat immer stärker wird, werden die Interessen eines Berufs zu den Interessen der ganzen Klasse.

Die Berliner Metallarbeiter haben die Aufgabe gegenüber der jetzt einsetzenden Schlichtungsmaschine, mit dem Massenstreik zu antworten. Für das übrige Proletariat lautet die Parole: Aktive Solidarität, um den Massenkampf gegen die Offensive des Kapitals zu steigern zur revolutionären Klassenauseinandersetzung mit dem Ziel: Sturz des Kapitalismus. Denn dies ist seine ihm von der Geschichte gestellte Aufgabe.

Was sagt die Reichsversicherungsanstalt?

Zwei Drittel der Arbeitslosen im besten Alter feiern

Nach der Statistik der Reichsversicherungsanstalt verteilen sich die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf folgende Altersgruppen:

14 bis 21 Jahre	213 607 = 14,0 Prozent
21 bis 45 Jahre	987 611 = 64,9 Prozent
45 bis 60 Jahre	250 818 = 16,6 Prozent
über 60 Jahre	69 325 = 4,6 Prozent

Mehr als zwei Drittel der männlichen Arbeitslosen befinden sich im Alter von 21 bis 45 Jahren. Unter diesen erwachsenen Arbeitslosen wiederum werden die 21 bis 25jährigen und die 25 bis 30jährigen am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen machen allein 34,9 Prozent des gesamten männlichen Arbeitslosenheeres aus.

Nicht anders ist es in der Krisenunterstützung. Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen scheiden die Jugendlichen aus, weil sie nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Krisenunterstützung haben. Es verteilen sich hier die 244 767 männlichen Krisenunterstützungsempfänger auf folgende Altersgruppen:

21 bis 45 Jahre	168 725 = 68,9 Prozent
45 bis 60 Jahre	56 490 = 23,1 Prozent
über 60 Jahre	19 563 = 8,0 Prozent

Auch hier das gleiche Bild: Auch in der Krisenunterstützung stellen die Arbeiter in den mittleren Jahren den größten Prozentsatz: über zwei Drittel aller Krisenempfänger sind noch nicht 45 Jahre alt. Auch hier stehen die 25 bis 30jährigen an der Spitze. Sie allein stellen 18 Prozent der Krisenunterstützten.

So wird durch die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise die menschliche Arbeitskraft von Millionen in den besten Jahren lahmgelegt und infolge der langen Dauer der Erwerbslosigkeit bei den Hungergrößen die Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Höher kann der Irrsinn der heutigen „Ordnung“ nicht zeheln.

„Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn geht in Erfüllung“

Für 300 000 Eisenbahner Feierschichten mit Lohnkürzungen.

Am Freitag voriger Woche wurden Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und den Eisenbahnergewerkschaften geführt, die sich mit der Absicht der Reichsbahnverwaltung, von Einlegung von Feierschichten bei gleichzeitiger Lohnkürzung beschließen sollten. Die Verhandlungen verliefen zunächst ergebnislos. Die Gewerkschaften, die ja immer Verständnis für die „Note“ des Kapitals zeigten, bemerkten hierbei, daß sie der schwierigen Lage der Reichsbahn Rechnung tragen würden. In den nun am Montag stattgefundenen Verhandlungen beiderseits kam es zu einer Verständigung. Die Abmachungen beiderseits sprechen davon, daß sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft verpflichtet, bis zum 31. März 1931 in der Bahnunterhaltung und in den Reichsbahnausbesserungswerken planmäßige (?) Entlassungen im größeren (?) Umfang nicht vorzunehmen.

Demgegenüber heißt es so: 1. Für die Bahnunterhaltungsarbeiter für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 eine Arbeitszeitverkürzung von 9 auf 8 Stunden pro Tag für den Monat Oktober und eine Feierschicht von 8 Stunden für den Monat November. 2. Für die Arbeiter der Reichsbahnausbesserungswerke wird für die Monate Oktober, November, Dezember die Arbeitszeit auf 8½ Stunden pro Tag festgesetzt. Daneben sollen in diesen Monaten 5 Feierschichten mit 40 Arbeitsstunden möglich auf alle Arbeiter gleichmäßig verteilt werden.“ So sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm aus, das vor den Wahlen so bombastisch verkündet wurde, welches Tausenden von Arbeitern Arbeit bringen sollte. Es ist zu berücksichtigen, daß bei dieser Arbeitszeitverkürzung ein Lohnausgleich nicht in Frage kommt. Der „Vorwärts“ verkündet, daß dieser Kuhnhandel der Gewerkschaften mit der Reichsbahn ein „Akt der Solidarität“ sei, der Tausende von Arbeitern vor der Arbeitslosigkeit bewahrt.

Organisatorische Mitteilungen

Rheinland-Westfalen. Ende Oktober oder Anfang November findet eine Bezirkskonferenz statt. Wir ersuchen alle Ortsgruppen jetzt schon die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ort, Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Bezirksausschuß Allgemeine Arbeiter-Union Wirtschaftsbereich Rheinland-Westfalen.

Groß-Berlin. Verbandsversammlung. 2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladew, Malplaquetstr. 24. 6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Rebe, Gitschinerstr. 88. 14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchstr. 5. 15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Nieder-schönweide, Brückenstr. 3. 17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Woritz, Gürtelstr. 38.

Nowawes. Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt.

Für den Pressefonds gingen im September ein: Ludwig 150.— Mk., O. F. Wriezen 1.— Mk., H. Unglenk, Chemnitz 1.— Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz. Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 41

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 11. Oktober 1930

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 829 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 Mark und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

Millionen sollen verhungern!

Die Sozialdemokratie singt ihnen den Grabgesang

Die parlamentarischen Parteien haben ihrer vaterländischen Pflicht genügt, haben „abgerechnet“, in der Hoffnung, daß bald wieder alles in schönster Ordnung sein wird. Zwar wird es wie immer noch einige Stürme im Wasserglas, einige scheinbar nutzlose Verhandlungen beim Reichspräsidenten geben; normaler Weise der Kultur unter den „Köpfen“ zugestanden, die „Schwierigkeiten“ zu meistern. Wohl möglich, daß der eine oder der andere bei seinem Auftrag eine neue Regierung zu bilden, scheitert, seinen Auftrag zurückgeben, um dann unter Zuhilfenahme von „Opfern auf beiden Seiten“ die Sache zum Abschluß zu bringen.

So war der Gang der Dinge bei allen früheren Regierungsergebnissen. Jedoch stehen die Fragen, derweil der alte Reichstag aus Zeuliche segnen muß, weil wohl zur Melodie der Notverordnungen der große Haufen der Dittendengst nach allen parlamentarischen Künsten das Maul spitzt, aber nicht pfeifen wollte, heute noch viel stärker als zuvor im Vordergrund.

Reichskanzler Brüning hat schon vor den Wahlen bei einem Presseinterview mit dem Chefredakteur der WTB ganz unzuverlässig an die Adresse der neuwählenden parlamentarischen Possenreißer erklärt, daß die Regierung die aus dem neuen Reichstag hervorgeht, kein grundlegendes anderes Programm mitzubringen brauche, sondern viel mehr jede neue Regierung im Rahmen der Notverordnungen gebunden sei, und dem neuen Reichstag nur die Aufgabe zufällt, diesen Notverordnungen legale Gesetzesform zu verleihen.

Alles was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an der Politik der Brüning-Regierung vor den Wahlen bis ins kleinste ausschalteten, war nur Demagogie. Eine freche Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter, die an der langjährigen Praxis sozialdemokratischer Beiratspolitik eigentlich für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen kann. Dies hier noch im besonderen aufzuzeigen, wäre ein vollkommen müßiges Beginnen.

Auf dem Berliner Parteitag der SPD. trat aber auch zutage, daß die Vergeßlichkeit der Arbeiter auch ihre unvermeidliche Kehrseite hat. In ihrer politischen Naivität verlangte dort ein Teil der Delegierten, daß die Partei das, was sie vor den Wahlen versprochen hatte, im neuen Reichstage wahr-machen sollte. Die „Nördel“ aber, die absolut darauf ver-pflicht waren, die Notverordnungen der Brüning-Regierung im Reichst-age abzulehnen, behauptet der Figaro-Regierung im Reichst-age, mit einer glatten Ablehnung sei nichts geschehen. Kein Mensch weiß, ob sich außerparlamentarische Kampf-mittel nicht gegen die Arbeiterschaft selbst richten würden. Nur in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ist die Arbeiterschaft kampftark. ... Vielleicht hätten wir jetzt weniger zu tolerieren, wenn wir im alten Reichstag mehr toleriert hätten. ... Wir ver-herren nicht, wenn wir im Parlament nicht alles durchsetzen und die Demokratie, wenn wir nicht eine sehr vorsichtige und kluge Politik treiben. ... Im übrigen müsse die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, daß die Notverordnungen „in Gesetz-umgewandelt und verbessert werden“.

Der Parteivorstand aber läßt den stinkenden opportunistischen Standpunkt der Sozialdemokratie wie folgt „rechtfertigen“. Wer uns seine Stimme nicht gab, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Partei bei Forderungen im Parlament unterliegt.“

Sozialdemokratie und Gewerkschaften wissen nur zu gut, daß selbst ein läppisches parlamentarisches Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung die Preußen-Koalition erledigt, die auf der Grundlage der erlassenen „Notverordnungen“ ihre „kluge und vorsichtige Politik“ treibt.

Diese Zusammenhänge betrifft die „Opposition“ nicht, — oder sie will sie vielmehr nicht begreifen. Sie begreift auch nicht, daß hinter dem läppischen Papierstreich von „Miß-trauensvotum“ gegen die Faschistenhüpfelung von Brüning und

Aus dem weiteren Inhalt heben wir hervor:
Die Wirtschaftskrise in England und ihre politischen Perspektiven
Die Faschisierung Österreichs
Das Brüningsche Programm im Spiegel der ausländischen Presse
„Polizistkneipe und härtere Wachen nicht aus dem Dienst stellen“
Das ist Severings Parole für den kommenden Hunger-

Hindenburg noch etwas anderes steht: Der Winter, in dem sich die Wirtschaftskrise erst richtig auswirken wird. Nach dem „Reformprogramm“ der Regierung müssen Millionen verhungern! Und die sollen — frei nach Höferring — im Namen des Deutschen Reiches verhungern. Die Regierung braucht eine parlamentarisch-juristische Plattform für ihr Ausbesserungsprogramm gegen das Proletariat. Diese ideologische Gehirnverleumdung, das ist die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das war sie bei Beginn der Massenab-schichtung bis zum völligen Ausbleiben. Das ist sie auch heute. Damals ließ sich die „Völkerbefreier“ nicht im Nationalismus überführen. Heute sorge sie dafür, daß die Proletariat als zahme Demokriten unter der trockenen Galkotte torkeln.

Der Schein soll gewahrt, eine Politik begründet werden, trotzdem das Kapital auf der ganzen Front angeht. Die Arbeiter sollen sich ohne jede, ohne die geringste Gegenwehr, von der Profitmaschine Kapitalismus aufessen lassen. Nur des-wächst, weil die Ordnung der Bourgeoisie dieser über den Kopf hinweg mehr bietet. Weil der Widerspruch zwischen Produktion und Absatz gerade durch die Steigerung der Produktion auf die Spitze getrieben wurde. Aus Millionen Arbeiterleichen soll der Anfall an Profitprodukten wettgemacht werden.

Den Millionen, die in den Riß der Zeit springen sollen, sin-gen die Hindenburg und Braun den demokratischen Grabgesang, und Gift und Gas neben dem Raubzug durch ihre Notverord-ner für viele, vielen Tausendmarkseine, die sie dafür er-suchen, daß ihnen recht spürbar im Magen wiederhallen.

Ob auch die Arbeiter, die ehlich, aber bis zum Gotterbar-bisher Gehör schenkten, mitsingen? Ihnen dürfte dieser Ge-sang recht schwer fallen. Ihnen wird die Geschichte ein Lied werden, daß ihnen recht spürbar im Magen wiederhallen wird.

Die Berliner Metallarbeiter spüren das schon zum schreien-deutlich. Aber auch hier gilt es auf der Hut zu sein. Es vor-vorher sein eine Niederlage. Und das bedeutet eine Nieder-lage für das ganze Proletariat!
Von hier wird die Front nur aufgerollt! Von hier muß das Fata-Morgana von RGO. M.H. über die „Opposition“ innerhalb der proletarischen Gewerkschaften sein, das Proletariat kein-der Kapitalismus und der daraus folgende Angriff muß Sache des ganzen Proletariats sein! Es ist kein anderes Ziel mehr Sozialdemokratie und Gewerkschaften — das ist der letzte-wegung. Der Versuch der KPD, diesem stinkenden Kadaver-Ansturm vor der Tat, die Tat jedoch maß sehr: Zermürbung der Gewerkschaften und die Aufrechterhaltung der einheitlichen Linie der Klasse. Der Kampf auf der gan-zen Linie bis zum Siege.
Einen anderen Weg gibt es nicht.

Der deutsche fünfjahresplan

Die kapitalistische Entwicklung verlangt ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm, daß sich gleichzeitig auf mehrere Jahre erstreckt. Der Grund hierfür liegt in der ungeheuren Weltwirtschaftskrise, deren zeitweise Überwindung nur mit ganz außergewöhnlichen Mitteln erreicht werden kann. Durch die Krise sind alle Etatsberechnungen über den Haufen geworfen. Jede drei Monate ist eine neue Sanierung fällig. Der Einnahmeausfall an Steuern und Zöllen steigt, ebenso wie die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung immer mehr zunehmen. Immer neue Teile der Wirtschaft werden stillgelegt. Der Interessenhaufen verlangt täglich neue Subventionen. Der Inter-schuld steigt sich. Die Geldbeschaffung wird immer schwie-riger. Die Zinssätze ziehen an. Das Kassendefizit wächst stündlich. Am 31. Juli betrugen die schwedenden Schulden 1800 Millionen. Das Reich nimmt jetzt nochmals einen so-genannten Überbrückungskredit von 400 Millionen auf, um das Defizit, das jetzt noch auf 750 bis 900 Millionen Mark veran-schlagt ist, teilweise zu decken. Die schlechte Währungs-lage hat die Reichsbank gezwungen, innerhalb von 2 Wochen 500 Millionen Mark an das Ausland zu decken, um den Kurs der Mark zu halten. Es mußten erst jetzt weitere 35 Millionen Mark Gold an Frank-reich abgegeben werden. Bei dieser Finanzlage beab-sichtigt noch die Regierung Brüning die schwedende Schuld in drei Jahren mit je 420 Millionen, die aus Ausgabenkürzungen oder neuen Einnahmen gewonnen werden sollen, zu tilgen. Die Ex-Schuld, die bekanntlich für das laufende Jahr eine Schuld-Neuordnung von 450 Millionen Mark vorsah, ist durch diese Neuordnung um ein Jahr verschoben. Es dürfte noch erinner-lich sein, wie Herr Schacht die Regierung Müller im vergan-zen Jahr zu der Übernahme dieser Verpflichtung zwang. Die damaligen Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaft-lage haben sich als eine vollkommen falsche Einschätzung der wirtschaftlichen Situation erwiesen. Heute geht derselbe Herr Schacht, welcher im Mai 1929 auf der Pariser Konferenz den Youngplan billigte, in Amerika mit der Forderung eines Mora-toriums für die Reparationszahlungen hantieren. Er treibt diese Propaganda, trotzdem er sich sagen muß, daß dadurch die Aus-sichten auf Erlangung ausländischer Kredite völlig untergraben werden. Der Reichskanzler Brüning sieht sich gezwungen, diese Gerichte zu demontieren. Die Antwort des Herrn Schacht geht dahin, daß eines Tages doch die Regierung Brüning diese Forderung stellen muß. Die Haltung von Schacht beweist, daß das deutsche Bankkapital die Zukunftsaussichten für außer-ordentlich katastrophal hält, sonst wäre diese Haltung von Erklärung den gesamten deutschen Kredit auf dem Weltmarkt un-befindlich. Dies geschieht, trotzdem ihm bekannt ist, daß die Beanspruchung eines solchen Kredites die weitere Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft fast unmöglich ist. Der von der Reichsregierung vorgesehene vollkommene Ab-bau der schwedenden Schuld innerhalb drei Jahre ist genau so-gemäß der Ex-Schuld, die in diesem Jahr gewesen ist. Das En-tentekapital dient es nicht daran, sich auf dem Wege des Mora-toriums eine Revision des Youngplans erpressen zu las-sen, zu dessen offener Zerreißung das deutsche Kapital auf imperialistischem Wege nicht instande ist. Dieses trockene Hitlerprogramm propagiert Herr Schacht als letzten Ersatz für die revolutionäre Forderung der „Antyyoungplanisten“. Es geht eben in Deutschland sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik alles legal zu. Es kommt nur darauf an, ob die Leidschmerz dieser Legalität sich diese Legalität gefallen lassen. Das Ententekapital denkt gar nicht daran, dem deut-schen Kapital weiter Aufbaumöglichkeiten zu verschaffen. Es ist sich sehr wohl darüber klar, daß das deut-sche Kapital ein Moratorium nur benutzen wird, um in dem Kampf gegen das Ententekapital besser gerüstet zu sein. Es entgeht ihm auch nicht, daß trotz aller Not der Reichswahlrat von dreiviertel Milliarden Mark nicht um einen Pfennig abge-baut wird.